



131. Plenarsitzung des Europäischen Ausschusses der Regionen

Eröffnung der 16. Europäischen Woche der Regionen und Städte „Die Zukunft Europas liegt im Zusammenhalt“

Der Ausschuss der Regionen (AdR) tagte vom 08.-10.10.2018 in Brüssel.

Der erste Sitzungstag war der offiziellen Eröffnung der 16. Europäischen Woche der Regionen und Städte „Die Zukunft Europas liegt im Zusammenhalt“ gewidmet. Thematischer Schwerpunkt war die Ausgestaltung der zukünftigen Kohäsionspolitik. Der Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker betonte in seiner Eröffnungsrede, dass die Kohäsionspolitik eines der greifbarsten Beispiele für Solidarität in der EU sei. Damit diese Hilfe die Städte und Regionen rechtzeitig erreicht, sei es wichtig, noch vor den Wahlen zum Europäischen Parlament eine Einigung über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der EU zu erzielen. Schätzungen des AdR zufolge kamen zu den rund 160 Workshops, Debatten, Ausstellungen und Veranstaltungen ca. 6.000 Interessierte und 600 Rednerinnen und Redner aus ganz Europa nach Brüssel. In diesem Zusammenhang fand auch die von Staatssekretär Dr. Mark Speich in seiner Funktion als nordrhein-westfälisches AdR-Mitglied eröffnete Veranstaltung zum Thema „Grüne Infrastruktur in Städten“ statt (siehe dazu gesonderter Beitrag in diesem Wochenbericht).

Den zweiten Sitzungstag eröffnete AdR-Präsident Karl-Heinz Lambertz mit einer Rede zur Lage der Union aus der Sichtweise der Regionen und Städte. Er betonte, dass man Städte und Regionen stärken müsse, um die EU zu stärken. Er kritisierte Vorschläge zur Mittelkürzung bei der Kohäsionspolitik seitens der Kommission und unterstützte insoweit die Haltung des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments. Zum Thema Subsidiarität führte er aus, dass vielmehr an der Regelungsdichte und dem Mehrwert der Rechtsvorschriften gearbeitet werden müsse, als sich zwischen verschiedenen Regierungsebenen zu streiten. Er kündigte in diesem Zusammenhang die Einrichtung eines neuen Pilotnetzwerks regionaler Stützpunkte an, um die Umsetzung der politischen

Maßnahmen zu unterstützen. Der Rede des AdR-Präsidenten folgte eine Aussprache des Präsidenten des Europäischen Parlaments Antonio Tajani MdEP mit den AdR-Mitgliedern zu unterschiedlichen Themen mit EU-Relevanz.

Es standen weitere Themen auf der Tagesordnung. Hervorzuheben ist insbesondere die Debatte über die Stellungnahme „Nachdenken über Europa: Die Stimme der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Europäische Union“. Berichterstatter waren der AdR-Präsident und der Erste Vizepräsident des AdR, Herr Markku Markkula (EVP). Um diese Stellungnahme hatte der Präsident des Europäischen Rates Donald Tusk im November 2016 offiziell ersucht. Seither hat der AdR zahlreiche Bürgerdialoge und Konsultationen durchgeführt, deren Ergebnisse die Stellungnahme eingeflossen sind. Von den Schlussfolgerungen ist insbesondere zu erwähnen, dass sich der AdR einstimmig angenommenen Stellungnahme selbst dazu verpflichtet, im Vorfeld der Europawahl 2019 eine Methode für ein System des ständigen und strukturierten Dialogs zwischen Bürgerinnen und Bürgern, EU-Politikern und EU-Institutionen vorzuschlagen.

Mit großer Mehrheit angenommen wurde auch eine Stellungnahme zum mehrjährigen Finanzrahmen für die Jahre 2021-2027 des kroatischen AdR-Mitglieds Nikola Dobroslavic (EVP). Enthalten sind insbesondere Forderungen nach einer stärkeren Flexibilität des Finanzrahmens sowie die Ablehnung von Kürzungen bei der Kohäsions- und Agrarpolitik.

Im Weiteren wurden folgende Beschlüsse zu Stellungnahmen und Entschlüssen gefasst:

- Horizont Europa, das 9. Rahmenprogramm für Forschung und Innovation
- Der Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF)
- Europäische Arbeitsbehörde
- Asyl- und Migrationsfonds

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



- Programm für Umwelt- und Klimapolitik (LIFE)
- Entschließung zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets und mit Blick auf den Jahreswachstumsbericht 2019
- Fazilität „Connecting Europe“
- Programm „Rechte und Werte“
- Der Beitrag der Städte und Regionen der EU zur 14. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (COP 14) und zur EU Biodiversitätsstrategie nach 2020
- Europäische Strategie für Kunststoffe in der Kreislaufwirtschaft
- Vorschlag für eine Richtlinie über Einwegkunststoffe
- Sport in der Agenda der EU nach 2020
- Saubere Häfen, saubere Meere – Hafenauffangeinrichtungen für die Entladung von Abfällen von Schiffen
- Paket Steuergerechtigkeit
- Aktionsplan für digitale Bildung
- Ein stärkeres Europa aufbauen: Die Rolle der Jugend-, Bildungs- und Kulturpolitik
- Risikobewertung im Bereich der Lebensmittelkette
- Neugestaltung der Rahmenbedingungen für die Verbraucher

Weiterführende Informationen:

<https://cor.europa.eu/de/events/Pages/131st-cor-plenary-session.aspx>

https://europa.eu/regions-and-cities/home_en

https://cor.europa.eu/de/our-work/Pages/SOTREG-2018.aspx?utm_source=ShortURL&utm_medium=Other&utm_campaign=SOTREG-2018